Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 24. 10. 2007

Antrag

der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Jan Mücke, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Abschaffung der Vorlagepflicht von Prüfbüchern – Modifikation der §§ 41, 42 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die §§ 41, 42 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) verpflichten den Kraftfahrunternehmer, der Genehmigungsbehörde vor der ersten Inbetriebnahme und nach jeder Hauptuntersuchung das so genannte Prüfbuch zur Kontrolle vorzulegen. Sowohl Genehmigungsbehörden als auch betroffene Unternehmer bemängeln diese Vorlagepflicht. Behörden können der großen Anzahl an zu prüfenden Büchern nicht oder nur schwer nachkommen. Eine effiziente Kontrolle ist damit tatsächlich nicht vorhanden. Daher steht der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zu dem Nutzen der Vorschrift.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die §§ 41, 42 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr im Interesse der Entbürokratisierung so zu modifizieren, dass zwar weiterhin die Pflicht zur Teilnahme an einer Hauptuntersuchung besteht, jedoch keine Pflicht zur Vorlage der Prüfbücher besteht.

Berlin, den 23. Oktober 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

